

92A7 A22

Antrag

Initiator*innen: Elias Görth (SV RBZ Wirtschaft . Kiel)

Titel: **Antifaschismus und Antirassismus auch aus dem Ministerbüro - Frau Prien, denken Sie an Ihre Schüler*innen!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 1. Die LSV BS fordert die Bildungsministerin Karin Prien auf, sich nicht an
3 ausländischerfeindlichen Äußerungen und Handlungen der CDU in der
4 Migrationspolitik zu beteiligen und im Sinne einer Schule für alle
5 Schüler*innen, keine Menschen und damit auch Schüler*innen mit
6 Migrationshintergrund zu stigmatisieren.
- 7 2. Die LSV BS fordert die Bildungsministerin Karin Prien auf, sich innerhalb
8 der CDU klar gegen eine weitere Zusammenarbeit mit der AfD zu
9 positionieren. Eine demokratische Volkspartei wie die CDU mit
10 Verantwortung in vielen Regierungen und Parlamenten und auch mit der
11 Verantwortung für die Schüler*innen in Schleswig-Holstein darf sich unter
12 keinen Umständen aus parteitaktischen Überlegungen heraus einer
13 rechtsextremen Partei hingeben. Die Absichten der AfD gefährden die
14 Freiheiten und die Sicherheit vieler Schüler*innen im Land, eine solche
15 Partei darf durch eine Partei wie die CDU nicht unterstützt werden.
- 16 3. Deutschland und Schleswig-Holstein stehen neben einem immensen
17 Fachkräftemangel auch einer massiven Erwerbsfähigkeitenlücke gegenüber.
18 Das gefährdet den Wohlstand dieses Landes und damit der heutigen
19 Schüler*innen in der Zukunft und stellt auch die
20 Sozialversicherungssysteme sowie das Rentensystem wesentlich in Frage.
21

22 Schüler*innen müssen über diese Umstände höchst besorgt sein. Besonders
23 die Erwerbsfähigenlücke ist allein aus demographischen Gründen ohne
24 Migration nicht zu schließen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und
25 muss es auch sein, sein Wohlstand hängt davon ab. Die ausländerfeindliche
26 Atmosphäre und die Stigmatisierung migrantisierter Menschen hier im Land
27 gefährden weitere Arbeitsmigration, schreckt hier lebende Arbeitskräfte ab
28 und riskiert damit, sämtliche Bemühungen zur Schließung der
29 Erwerbsfähigenlücke zu torpedieren. Wir fordern deshalb die
30 Politiker*innen aller Parteien, besonders aber die schwarz-grüne
31 Landesregierung und die Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung,
32 Wissenschaft, Forschung und Kultur auf, sich für eine aktive
33 Willkommenskultur im Land und gegen rassistische Hetze und Stigmatisierung
 einzusetzen, damit die Schüler*innen von heute morgen eine Zukunft haben!

Begründung

erfolgt mündlich